

Verantwortlicher Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.

Drucker und Verleger: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Abnahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.
Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Hoffe, Haalenstein & Bogler, G. L. Danne, Invalidenten, Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerfmann, Eberhard B. Thines, Greifswald: G. Jilke, Halle a. S. Jul. Banz & Co. Hamburg: Joh. Noorbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geinr. Eisler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Aus dem Reich.

Bei dem gestrigen **Diner im königlichen Schloß**, welches für die Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler Abends um 7 Uhr daselbst zu 60 Bedienen stattfand, sah der Kaiser und die Kaiserin Friedrich gegenüber der Reichsminister des Auswärtigen, Graf von Goluchowski, während zur Linken des Kaisers der Reichskanzler, Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, placirt war. Die Kaiserin wurde von dem Prinzen Leopold von Preußen geführt, die Kaiserin Friedrich von dem Prinzen Heinrich von Preußen. — Am **Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I.** werden außer den beiden Siegesgepannen noch zwei Werke in Kupfer getrieben sein. Es sind das die Adler, welche für die beiden von Kraus und Gaul geschaffenen dekorativen Gruppen bestimmt sind. Diese versinnlichen zwei deutsche Königreiche und erhalten ihren Platz an der Innenseite der Arkade. Die von Fahnen umgebenen Wappen werden von den Adlern getrennt, deren Darstellung ganz der Natur nachgebildet ist. Ihre Ausführung ist bereits erfolgt. Die Spannweite der Adler beträgt über 5 Meter. Die beiden von Bremer modellirten Gruppen der Königreiche werden anstatt der Adler mit Kronen geschmückt. Von Kraus und Gaul stammen übrigens auch jene acht allerliebsten, an den Portalen eingestellten Säulen, welche entzückende naturalistische Darstellungen tragen. Zur Frage der Vollendung des Nationaldenkmals ist gegenüber anders lautenden Meldungen zu betonen, daß, wenn auch die eine oder die andere dekorative Sandsteingruppe auf der Säulenhalle und ungewissen Teile am Wasser noch nicht völlig ausgeführt sein sollten, dennoch das Nationaldenkmal in seiner Gesamtheit am 22. März einen durchaus fertigen Eindruck machen wird. Gehten wird freilich an dem Gedächtnis noch das Mosaikpflaster, welches nach den Entwurf des Hofmalers in schwarzweißen Farben dargestellt wird. In dem Mosaik soll als Hauptbild eine große Sonne hervortreten, von welcher Strahlen ausgehen, und ringsum werden sich, parallel mit den äußeren Formen der Halle, Wänder mit den Wappen der deutschen Bundesstaaten und freien Städte entlang ziehen. So wird auch das Plateau des Denkmals ein reizvolles Bild gewähren. — Der Präsident des Abgeordnetenhauses **Wälfischer Geh. Rath v. Köhler** ist von seiner Erkältung wieder genesen und hat die Geschäfte wieder übernommen. — Der **Oberpräsident von Schleswig-Holstein von Steinmann** ist vorgestern von Schleswig abgereist, um zunächst nach Itzehoe zu reisen und dann seinen Wohnsitz nach Lübeck zu verlegen. Herr von Steinmann wurde am 26. Oktober 1880 zum Oberpräsidenten ernannt und trat am 15. November sein Amt an; er hat mithin über 16 Jahre an der Spitze der Provinzialverwaltung von Schleswig-Holstein gestanden. — Der zum **Reichsgerichtsrath** ernannte Oberlandesgerichtsrath **von Säuwil** in Celle ist 1867 Gerichtsassessor geworden, wurde 1869 zum Amtsgerichtsassessor in Südbraun ernannt und 1871 in gleicher Eigenschaft nach Lüneburg versetzt. 1873 wurde er zum Obergerichtsassessor in Lüneburg ernannt und kam zwei Jahre später in derselben Eigenschaft nach Celle; hier wurde er 1878 zum Obergerichtsrath befördert. Bei der Justizreorganisation 1879 wurde er Landgerichtsrath in Halle, 1883 zum Oberlandesgerichtsrath befördert, wurde er nach Bielefeld versetzt, von wo er 1888 wieder nach Celle kam. — Kürzlich ist nach sozialdemokratischen Blättern von einem Leiden des **Reichstagsabgeordneten von Wollmar** berichtet worden, das von Wunden herrührt, die er im deutsch-französischen Kriege empfangen hat. Die „Augsb. Ad.“ theilt hierzu mit, daß von Wollmar diese Wunden aus einem angeblichen Epizyrtang (er war Telegraphenbeamter) erlitt, als er sich in von feindlichen Geschossen bestreutes Terrain in der Umgebung einer belagerten Festung wagte. Er bezieht demgemäß auch seine Invalidenpension, sondern ein Gnadengehalt. — Während im Monat November v. J. die Vermehrung der **Betriebsleistungen der preussischen Staatsbahnen** eine nennenswerte war, als in dem einzelnen der verflochtenen sieben Monate, hat sich im Monat Dezember das frühere Verhältnis wieder eingestellt. Die Eisenbahnleistungen haben im Monat Dezember ein Mehr von 7 Millionen Mark gegenüber demselben Monat des Vorjahres ergeben. — Am 22. März wird auf dem Marktplatz zu Lübeck nach dem Beschluß des Senates und der übrigen gesetzgebenden Körperschaften anlässlich der Jahrhundertfeier des Geburtsjahres **Kaiser Wilhelm I.** die feierliche Grundsteinlegung für ein **Heiterfrankbild** desselben stattfinden. — In **Eisenach** ist die Grundsteinlegung für das große **Wissenschaftsdenkmal für Kaiser Wilhelm I.** vom 22. März bis zum Durchschlagsfesttag in der Pfingstwoche verschoben worden. — In **Sachsen** macht sich in Folge des Kampfes gegen die **Konsumvereine** eine größere Ausbreitung derselben bemerkbar. Im Laufe des Jahres traten dem Konsumverein in Schönewitz 1000, dem in Meidenbach 1500 und dem in Freiberg 600 neue Mitglieder bei. Der Verein in Meeren hat sich seit dem 1. September um wurde gestern Mittag die außerordentliche Kammereröffnung durch den Staatsminister Hoff bezogen, nachdem derselbe den Dank des Großherzogs für die Annahme der Konvertirungsvorlage ausgesprochen hatte.

treidpreise auf dem Weltmarkt gebildet werden und daß der Gedanke, der Weltmarkt könne von einer Gruppe von Mäxlern beeinflusst werden, einfach lächerlich ist. „Die Preisverhältnisse zweier räumlich so getrennter Plätze wie Hildesheim und Berlin ist doch durch deren geographische Lage, durch die Gestaltung von Erzeugung und Absatz, durch die Qualitäten des den Notierungen zu Grunde liegenden Getreides u. a. m. bedingt. Dieser Umstand ist namentlich in diesem Jahre, in dem die Qualitäten hier zu Lande leider vielfach durch zu lange anhaltendes Regenwetter mehr oder weniger erheblich geschädigt worden sind, von hervorragender Bedeutung. Will ein hiesiger Landwirth Berliner Preise für Weizen erzielen, so steht ihm ja der Weg nach Berlin offen und der Preis daselbst zu Gebote, d. h. abzüglich Fracht und vorausgesetzt, daß er Qualitäten, den Berliner Preisverhältnissen entsprechend, beschaffen kann.“

— Zur zweiten Verathung des Etats des Reichsfinanzamts hat Dr. Hammacher mit Unterstützung anderer Nationalliberaler im Reichstage nachstehende Resolution eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsfinanzminister zu ersuchen, dahin zu wirken, 1. daß für jeden nach Artikel 36 der Reichsverfassung zur Erhebung und Verwaltung der Zölle berechtigten Bundesstaat eine Behörde eingerichtet oder bestimmt wird, welche über die Höhe und Berechnung des Eingangszolls für ausländische Waaren den Interessenten mit der Wirkung Auskunft erteilt, daß die auf Grund dieser Auskunft eingeführten und verzollten Waaren keiner Nachverfolgung wegen Verstoßes der Auskunftsstelle unterliegen und 2. daß unter Abänderung des § 12 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 die Entscheidung über Beschwerden wegen unrichtiger Anwendung des Zolltarifs in einzelnen Fällen durch verwaltungsgerichtliche Behörden, bei deren Zusammensetzung waarenkundige Sachverständige zu berücksichtigen sind, oder durch Schiedsgerichte zu erfolgen hat.

— Daß zu einem fruchtbareren Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in drei Jahren die Verkürzung der akademischen Ferien allein nicht ausreicht, ist, wie zur Erweiterung auf die bezüglichen Kritiken unserer Ausführungen über diesen Gegenstand bemerkt werden mag, klar. Man muß ohne Zweifel auch auf Mittel und Wege sinnen, daß von den Studenten der Rechts- und Staatswissenschaften der ersten Semester nicht verbummel, sondern erstem Studium gewidmet werden. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß die zwischen der Universitätsverwaltung und der Justizverwaltung unter persönlicher Beteiligung der beiden Organe stehenden Verhandlungen über die künftige Einrichtung des juristischen Studiums sich auch auf diesen Punkt beziehen. Das Triennium genügt nur für den, der es voll und von Anfang an fleißig benützt. Wer einige Zeit bummeln will, mag das Studium länger ausdehnen. Von dieser Grundlage aus werden die Einrichtungen zu erwägen und erwogen werden sein, welche zu treffen sind, um die Ausnutzung der ersten Semester zu kontrolliren und dafür zu sorgen, daß das, was etwa in dieser Zeit verjährt ist, demnachst nachgeholt wird.

— Die russischen Blätter gefaßen sich jetzt darin, geharnischte Artikel gegen Deutschland zu bringen, so kommt in einem der verbreitetsten Blätter, der panslawistischen „Sowjet“, der Deutschenhaß in folgender Weise zum Ausdruck: „Wichtiglich haben wir unsere Thätigkeit im Osten zu unseren inneren, nicht zu den äußeren Angelegenheiten gekehrt. Der Osten mit seinem China, seinem Persien, Beludschistan und selbst Indien ist vom Willen der Vorjüngung dem russischen Volke zum Antheil bestimmt. Ob nun ein wenig später oder früher, entgegen kann uns der Osten nicht. Zu diesem Zwecke müssen wir aber unsere Position behaupten und in Westeuropa stark sein. Hier müssen alle unsere Bemühungen, unser Verstand und unser Talent aufgewendet werden, hier müssen wir echte Russen sein, der deutschen Intrigue, den deutschen Tücken vorbeugen, die aus Berlin kommen, hier müssen wir unsere wahren Freunde gut kennen. Wenn wir uns im Westen ergeben, so verlieren wir im Osten alles. Wenn wir im Westen stark sind, so gehört der Osten uns und wird uns nicht entgehen. Im Westen wird jetzt eine Lebensfrage für uns und unser Volk entscheiden — die Frage des Vostorus und der Dardanellen, die jeden Preis in unseren Händen sein müssen (wenn die Türkei nicht im Stande ist, ihr Wäcker zu sein); um der Ruhe unseres Ostens, um unserer Unabhängigkeit, ja um unserer Existenz willen ist das nötig. Wenn stark, ebenso allmächtig haben wir an den Meeren zu sein, wie unsere Stellung am Baltischen Meere und an der Weichsel unerschütterlich sein muß. Bei der Beschützung unseres Westens müssen wir vor allem Slaven sein und das Verwandtschaftsbewußtsein innerhalb der westlichen Bevölkerung aufrecht erhalten, die das Land bis zum Westende des Adriatischen Meeres bewohnt und uns ein wahres Bollwerk, eine Kontroverse im Kampfe gegen den größten Feind unseres Volkes ist — das Germanenthum. Um alle diese Fragen zu lösen, müssen wir alle unsere moralischen und physischen Kräfte unserem Westen zuwenden und hier dasjenige thun, was im Osten unseren unabweislichen Besitz und unseren Reichthum bildet.“

— Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben: „Wenn die „Post, Ztg.“ sagte, daß Herr von Kaufch erst nach Bismarck nach Berlin gekommen sei, so klingt das, als ob Herr v. Bismarck, sobald er ins Amt gelangt war, das Bedürfnis empfunden hätte, Herrn v. Kaufch, den er von früher her als tüchtigen und geschickten Beamten gekannt habe, nach Berlin zu berufen, wo er nach der Angabe der „Post, Ztg.“ dann eine Rolle gespielt haben soll. Wir glauben nicht, daß Fürst Bismarck und Herr v. Kaufch jemals in Verbindung gekommen sind und daß der erste Reichsminister den unter ihm angeblich eine Rolle spielenden Beamten auch nur von Ansehen gekannt hat. Wenn Herr v. Kaufch in Berlin überhaupt eine Rolle gespielt hat, so kann dieses nur unter der Regide des Ministeriums des Innern geschehen sein. Wenn er hintermüßig hat, so vermuthen wir, daß sie ganz wo anders sitzen als da, wo man sie bisher gesucht hat, und es wäre daher zur Verhütung in dieser Richtung zu wünschen, daß der Prozeß gegen Herrn von

Kaufch mit etwas mehr Beschleunigung betrieben wird und nicht etwa im Sande verläuft.“

— Die „Kos. Korresp.“ schreibt: Wünsche an die Reichspostverwaltung werden bei jeder Verathung des Postetats in reichlicher Zahl laut. Nicht alle diese Wünsche sind berechtigt und der Unterstutzung werth. Solche, deren Erfüllung nur Großbetriebe zu Gute kommen und den Steuerfiskus, zu dem wir alle beitragen müssen, schmälern würde, sind ohne weiteres zurückzustellen. Andere Wünsche dagegen, wie beispielsweise die Reform des Berliner Stadtbriefpostes, die Erhöhung des Einheitsgewichts der Briefe, die Hebung der vorrindlichenden postalischen Verhältnisse in den Vororten großer Städte u. a. m. sollten von Seiten der Reichspostverwaltung möglichst rasch und durchgreifend der Erfüllung nahegebracht werden. Es ist unzweifelhaft richtig, daß alle solche Reformen Geld kosten; allein in den vorliegenden Fällen sind diese Kosten doch nicht so groß, daß sie nicht auf andere Weise eingebracht werden könnten — beispielsweise bei größerer Sparsamkeit im Bau des Postpalais. Die Erhöhung des Einheitsgewichts bei Briefen würde die Einnahme der Postverwaltung nur um die Straßportiv schmälern. Wir halten aber diese Einnahmequelle, die ja leider reichlich genug fließen mag, für eine überaus bedenkliche, denn sie betrifft doch nur kleinere Leute und solche, die nicht die geschäftsmäßige Briefwaage auf ihrem Schreibtische stehen haben. Ist es nicht auch ganz ungerichtet, daß der Empfänger eines Briefes, der 1/4 Gramm über das Normalgewicht wiegt und der mit 10 Pf. frankirt ist, 10 Pf. Strafe + 10 Pf. Nachporto zahlen muß? Vielleicht behagt der Empfänger damit nicht weiter als das Vorhandensein eines ungeschriebenen „Repostblattes“. In solchen Fällen, wo doch davon, daß sich Jemand strafbar gemacht habe, keine Rede sein kann, sollte von Erhebung des Strafgeldes Abstand genommen werden. Wenn freilich die freisinnige Presse wieder am lauteften über Reformen in der Postverwaltung schreibt, so sollte sie doch endlich einmal bedenken, daß gerade sie es ist, die einer Reichsfinanzreform, welche mehr Gelder in die Kassen ließen und kostspielige Reformen ermöglichend würde, am meisten widerstrebt.

— Schon seit Jahren haben die Gerichts-Subalternbeamten der Amts- und Landgerichte sich an den Landtag mit der Bitte gewandt, für ihre Gleichstellung mit den Subalternen der Verwaltung, Eisenbahn u. s. w. einzutreten. Wenn diesem Wunsche bisher seitens der maßgebenden Stelle nicht Rechnung getragen worden ist, obwohl dessen Berechtigung verhältnißmäßig anerkannt wurde, so glauben diese Beamten doch nunmehr bei der Wechselaufbesserung die von ihnen mit Recht erwartete Berücksichtigung zu finden. Statt Erfüllung ihrer lang gehegten Hoffnung ist ihnen aber eine herbe Enttäuschung zu Theil geworden. Ständen sie bisher im Höchstgehalt 300 Mark niedriger als die Sekretäre der anderen Behörden, so gehalten sich noch der jetzigen Gehaltsaufbesserung das Höchstgehalt um 400 Mark geringer. Das Anfangsgehalt, das bis vor Kurzem 2100 Mark betrug, ist in Folge Vertheuerung der Affirmen- und Sekretärstellen auf 1500 Mark herabgesetzt worden. Ein triftiger Grund, diese Beamten verhältnißmäßig schlechter zu stellen als bisher, ist nicht ersichtlich. Von dem Gerichtsschreiber wird die gleiche Vorbildung verlangt, derselbe muß sich nach bestandener schwieriger Examen gegebenenfalls längere Zeit unentgeltlich beschäftigen und seine Thätigkeit ist mindestens gleichwerthig mit der der Sekretäre anderer Beamtenkategorien. Dazu kommt noch, daß seine persönliche und materielle Verantwortlichkeit in verschiedenen Zweigen seiner mannigfachen Beschäftigung, wie im Kosten- und Stempelwesen, Zivil- und Grundbuchachen eine nicht geringe ist. Die Vorlage wird auf längere Jahre gestellt, es ist daher an der Zeit, daß die Landesvertretung sich auf die Seite derjenigen Beamten stellt, die zu Unrecht anderen gleichwerthigen Beamtenklassen nachstehen sollen. Eine Eingabe, die von Dortmund aus an das Abgeordnetenhause abgegangen ist, entwickelt dieselben Gesichtspunkte.

— Die „Wiener Post, Korresp.“ erfährt aus Petersburg über das Befinden des Kaisers von Rußland: Das Aussehen des Kaisers sei völlig normal, nur habe sich in Folge einer Ueberarbeitung eine gewisse Mattigkeit eingestellt, so daß die Meiste Schonung empfohlen hätte. Die vernarbte Kopfwunde, welche der Kaiser seiner Zeit in Japan erhalten habe, sei nicht aufgebrochen, es habe sich nur in deren Nähe ein kleiner, knochiger, ungeschätzlicher Auswuchs gebildet. Die Wesseltung dieses Auswuchses soll durch einen kleinen operativen Eingriff erfolgen, zu dessen Vornahme Geheimrath v. Bergmann aus Berlin berufen worden sei. — Demgegenüber erklärt Herr v. Bergmann auf das Bestimmteste, daß ihm weder von einer Erkennung des Kaisers von Rußland etwas bekannt, noch an ihn irgend eine Vernehmung nach Petersburg ergangen ist. Im Uebrigen ist er der Ansicht, daß, wenn eine derartige Operation überhaupt erforderlich werden sollte, es in Rußland genug tüchtige Chirurgen gebe.

— Die freie Vertheilung der Berliner Produktendörse hat in ihrer gefrigen zahlreich bejagten außerordentlichen Generalversammlung einstimmig die Auflösung beschlossen. Darauf gründete sich ein neuer Verein unter dem Namen „Verein Berliner Getreide- und Produktendörse“. Die Statuten des neuen Vereins wurden genehmigt und ein Vorstand aus 21 Mitgliedern gewählt. Der Verein bezweckt die Förderung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder ohne jede Organisation für die vertriebenen Handelszweige. Er heißt die Beschlüsse gut, die zum Austritt aus der Produktendörse geführt haben.

Regierung ermächtigt wird, so viel Orden der Ehrenlegion zu verleihen, als Inhaber dieses Ordens sterben.

Der Kommandant des Levante-Geschwaders Admiral Pottier hat Befehl erhalten, den Dienst dem Kommandanten des „Bugeaud“ zu übergeben und mit dem Panzer „Dévastation“ von Smyrna nach Toulon zurückzuführen.

Paris, 16. Januar. Die Gelehrten freilich gegenwärtig darüber, ob die nächste Zeit uns ein umgestaltetes Kabinet Melme mit Ribot in einer der Hauptrollen, ein Kabinet Ribot, das dem Radikalismus Genugthuung gäbe, oder ein Kabinet Charles Dupuy, dem die Gemäßigten und die Radikalen von der ersten Viertelstunde an keinen ruhigen Augenblick lassen würden, bringen werde. Vielleicht keines von den drei und selbstverständlich noch viel weniger das ideale Kabinet Bourgeois mit Millerand und Jaures, von dem die Sozialisten in ihrem Erbneid träumen. Aber wozu all das Herumrathen und Prophezeien? Das hätte höchstens einen Sinn, wenn ein gänglicher Wandel möglich wäre und eine der extremen Parteien Aussicht hätte, ans Ruder zu gelangen, die Monarchisten, um ihrem König die Pfade zu ebnen, oder die Kollektivisten, um den Zukunftsstaat anzubahnen, Weide nur mit Hilfe einer Revolution. So aber kann es ziemlich gleichgültig sein, wer unter der Eitelte der parlamentarischen Republik regiert oder die Kammer regieren läßt. Die Senatorenwahlen haben zur Genüge gezeigt, daß von einem Umschwung im radikalen oder konservativen Sinne nicht ernstlich die Rede sein kann, und diese Lehre dürfte wohl für das laufende Jahr bis zu den Abgeordnetenwahlen von 1898 den Ausschlag geben. Das Ereigniß hat den Mittelparteiern in beiden Häusern des Parlaments neuen Muth eingegeben und zwar die Kampflust der ungestümen fortschrittlichen Gruppen nicht abgeschwächt, aber sie zu der Einsicht gebracht, daß alles Drängen ihnen wenig nützt, so lange die öffentliche Meinung sich ablehnend verhält. Die Parteipresse behauptet freilich das Gegentheil und stürmt vorwärts, ohne genaue Fühlung mit den Parteien zu haben, deren Interessen sie angeblich vertritt; allein sie schmälert dadurch nur ihr eigenes Ansehen bei einem Publikum, welches wohl noch nicht weniger an sie geglaubt hat, als jetzt, und muß sogar auf der Schein verzichten, als übte sie einen Einfluß auf den Gang der Ereignisse.

Italien.

Rom, 18. Januar. Im Senate hob Schatzmeister Luzzatti, in Uebereinstimmung mit dem Berichterstatter über das Budget, die gute, so die Finanzlage Italiens hervor, und führte aus, daß es, ebenso wie im vorigen Finanzjahre, auch in dem voranschläge für das nächste Jahr gelungen sei, durch die wirklichen Einnahmen die wirklichen Ausgaben und auch die erheblich herabgeminderten Kosten für Eisenbahnbauten zu decken, ohne zu irgend welcher Anleihe Zuzufucht nehmen zu müssen. (Beifall.)

England.

London, 18. Januar. Die Thronrede bei der morgigen Eröffnung der Parlamentstagung bezieht sich auf das Parlament zur Unterzeichnung des Schiedsvertrages mit den Vereinigten Staaten und zu der befriedigenden Wirksamkeit des europäischen Kongresses in der Förderung von Reformen in der Türkei, befragt die Rechte in Berlin und die Nothwendigkeit der Entsendung eines Strafzuges. Das gesetzgeberische Programm umfaßt Novellen für die Unterstutzung der freiwilligen Schulen, Reform der Arbeitgeberpflicht, Hebung der Landwirtschaft in Irland, ferner sind Sonderkredite für die Vermehrung von Heer und Flotte in Aussicht gestellt.

Australien.

Petersburg, 18. Januar. Im Weisheit des Kaisers, der Großfürsten und der Militärchefs fand heute die Epiphaniastruppenparade statt. Die Zeremonie der Wasserweihe wurde am Remaquai gegenüber dem Winterpalais vorgenommen.

Serbien.

Belgrad, 18. Januar. Die hier umlaufenden Gerüchte über eine Ministerkrise sind völlig unbegründet.

Afrika.

Maffowah, 18. Januar. Die Nachrichten aus Agordat melden, daß bisher nichts Bemerkenswerthes sich in der dortigen Gegend ereignet hat.

werden aufgefordert, die Unparteilichkeit zu wahren.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 19. Januar. Der Chef des ersten pomrn. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 2 Oberst Konrad Meyer ist gestern nach längerer Krankheit verstorben. Derselbe war erkrankt während des Herbstmanövers und mußte vor Beendigung desselben hierher zurückkehren, seit dieser Zeit hütete er Zimmer und Bett und schon seit einigen Tagen sah man seiner Aufbesserung entgegen. Oberst Meyer ist ein Schwiegersohn des verstorbenen Geh. Kommerzienraths Schichau in Elbing, doch ist seine Gemahlin bereits seit einem Jahrzehnt verstorben. Das hiesige Artillerie-Regiment verliert in Oberst Meyer einen Chef, der sich sowohl im Offizierskorps wie bei der Mannschaf der höchsten Liebe und Achtung zu erfreuen hatte, er war ein ebenso gerechter, wie humaner Vorgesetzter, dem das ungeschmeichelte Lob gebührt, daß er sich dem Regiment stets als sorgfamer Vater zeigte und für dasselbe auch stets eine operetbereite Hand hatte. Aber auch im Privatleben war der Verstorbene ein stets verehrter Gesellschafter mit trefflichen Charaktereigenschaften, eine besondere Vorliebe widmete derselbe der Musik und werden die musikalischen Takte in seinem Hause ungerührt bleiben. Das Andenken des trefflichen Mannes wird von Allen in Ehren gehalten werden, welche denselben kannten. Bei der allgemeinen Beliebtheit, deren sich der Verstorbene erfreute, dürfte es untern Leser interessieren, näheres über seinen Lebenslauf zu erfahren und geben wir nachstehend einige uns freundlichst zur Verfügung gestellte Daten wieder. Konrad Meyer wurde am 3. November 1843 zu Wdlig-Klobben bei Graubenz geboren, er stand somit im 54. Lebensjahre. Sein Vater war Major a. D. und Rittergutsbesitzer. Vermählt war der Verstorbene, wie schon erwähnt, mit einer Tochter des Geheimen Kommerzienraths Schichau in Elbing, seine Gattin beschenkte ihn mit zwei Söhnen, doch wurde sie ihm bereits am 23. Januar 1877, also vor zwanzig Jahren durch den Tod entziffen. Die militärische Laufbahn des Dahingeschiedenen begann am 1. Oktober 1858 mit dem Eintritt des noch nicht ganz fünfzehnjährigen Jünglings in das Kadettenkorps zu Rulm, woselbst er bis zum 1. Mai 1860 verblieb. Sodann kam er in das Kadettenkorps zu Berlin und verblieb dort bis zum 2. Mai 1863, an welchem Tage er als Sekonde-Lieutenant in das Offizierskorps der Armee eingereicht und der rheinischen Artillerie-Brigade Nr. 8 zugetheilt wurde. Am 11. Juni 1869 rückte er zum Premier-Lieutenant und am 12. Dezember 1874 zum Hauptmann auf, am 11. Februar 1886 wurde er als Major zum Feldartillerie-Regiment Nr. 15 versetzt. Am 23. März 1891 erfolgte die Beförderung zum Oberst-Lieutenant und am 16. Juli 1891 wurde er, als etatsmäßiger Stabsoffizier zum Feldartillerie-Regiment Nr. 31. versetzt. Nachdem er vom Mai bis Ende Oktober 1891 als Kommandant des Uebungsplatzes Hagenau fungirt, wurde er am 28. Juli 1892 zum Kommandeur des 1. pommerischen Feldartillerie-Regiments Nr. 2 ernannt und in dieser Stellung am 14. Mai 1894 zum Oberst befördert. Der Verstorbene hatte die Feldzüge von 1866 und 1870—71 mitgemacht und außer den üblichen Kriegesdenkmälen das eiserne Kreuz 2. Klasse erhalten. An Auszeichnungen waren ihm ferner verliehen worden: der Rother Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife, der Kronenorden 3. Klasse und das Dienstauszeichnungskreuz.

— Die Köster'sche Apotheke in Altthamm ist von Herrn Apotheker Reimann hiersebst angekauft worden und wird von demselben vom 1. April ab übernommen.

— Der Arbeiter Schmenkel aus Frauenthorf, welcher auf dem Ritzger Altkreuz bei Prenzlau in Dienst stand, ist daselbst mit noch zwei anderen Arbeitern an Kohlenknütt erstirbt.

— In nächster Woche beginnen bereits die Befestigungen der Rekruten des hiesigen Königs-Regiments.

— Ein Patent ist erteilt für C. Wasdemar in Köslin auf ein Verfahren zum Räuchern von Fischen, insbesondere von Lachs. Gebrauchsmuster sind eingetragener: für Maschinenmeister Karl Rumpf in Stettin auf ein Rezipientenmittel mit herausnehmbarem komplettem Ventilator und Regel; für Brauereibesitzer A. Rückforth in Stettin auf eine Getränke-Transportanlage mit Kohlenföhrerhammer am Boden und Gaskanal im Hentel; für Wdlig, Koepf und D. Schülke in Labes auf einen Dachstuhlriegel mit mehrfachen Hakenföhrer an beiden Enden und Rippen zur Abhebung von den Latten; für B. Koch in Rummelsburg auf einen verstellbaren Schraubenschlüssel mit verstellbarem Manschaft nicht runden Schafschlüssel und durchbohrter Einstellmutter nebst Sicherung; für Delmuth Peters in Posen auf ein Windrad mit Luftschaukelrad.

— Durch die Gnade des Kaisers ist nicht nur die auf ein Jahr erkannte Zuchthausstrafe des Politischen Vorz in Altthamm in eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten umgewandelt, sondern auch die gleichzeitig gegen den Politischen Meier erkannte sechsmonatliche Gefängnisstrafe in eine dreimonatliche umgewandelt.

— In Nr. 14 der „Stett. Ztg.“ vom 9. Januar brachten wir einen Artikel aus der „Stett. Ztg.“ über die Lage der Supernumerare der indirekten Steuerverwaltung. Unbegreiflicherweise hat der Zweigverein Stettin des Bundes deutscher Militäranwärter und Inhabern, wie uns derselbe mittheilt, darin eine Gerächselung des Standes der Militäranwärter in der öffentlichen Meinung gefunden und er hält es für eine „große Verletzung des Anstandes und der Sittlichkeit“, daß diese Klasse als minderwertige Beamte hingestellt werde. — Da dem Artikel nichts mehr fern lag, als eine Gerächselung des Standes der Militäranwärter, dem wir jeder Zeit freundlich gegenüber stehen, so hat uns das Schreiben des „Zweigvereins Stettin“ überrascht, wir hätten dasselbe aber trotzdem zum Abdruck gebracht, wenn es sachlich gehalten wäre, dies ist aber nicht der Fall, es ist darin von „unerhörte An-

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Januar. Die Witterungsveränderungen der Minister a. latere, Baron Josika, beabsichtigte von seinem Amte zurückzutreten, sind vollkommen unbegründet. Der Minister hat Krankheits halber einen kurzen Urlaub angetreten und übernimmt demnach wieder die Geschäfte.

Frankreich.

Paris, 18. Januar. Die Deputiertenkammer nahm eine Gesetzkvorlage an, durch welche die

